



VAdM-Kurier

40. Ausgabe: Dezember 2022

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur
40. Ausgabe unseres
„VAdM-Kuriers“
im Dezember 2022

Wir wünschen unseren Freunden und Mitgliedern eine gesegnete, besinnliche und ruhige Weihnacht und im Neuen Jahr 2023 viel Erfolg, Gesundheit und Frieden

Inhalt:

editorial	Seite 1
Fonds Härtefallregelung Rentenüberleitung Spätaussiedler	Seite 2
Finale Corona-Wende	Seite 3
<i>Schwerpunktthema: Ukraine</i>	Seite 4
Verlogene Symbolpolitik: Holodor und der „Völkermord“ 1933	Seite 4
Dombass: Zwangsarbeit der Rußlanddeportierten	Seite 4
Kriegshilfe für die Ukraine bedroht Europa	Seite 5
Krieg und Frieden: Die deutsch-russischen Beziehungen	Seite 6
Bertha von Suttner: Der Weg zur Friedensbewegung	Seite 6
Der Frieden von Brest-Litowsk (Teil 2)	Seite 9
Neues aus dem Osten	Seite 10
Rudolf Hollinger: Der Literaturwissenschaftler und Kritiker (Teil 6)	Seite 11
Die Umsiedlung der Bessarabiendeutschen in den Warthegau (Teil 4)	Seite 12
Die Reichgründung (Teil 15)	Seite 13
Reiseziele/Impressum	Seite 16



Heiligabend

Die Nacht, geheiligt durch die Frucht Mariä,
gab der Propheten Schau und strahlend preis,
dass aus der Dunkelheit es fortan ziehe
zu Ländern, Völkern hin zu Jung und Greis.

Die Menschheit schmachtet, und das Kind wird richten,
erneut den Garten Eden, dort verloren ward.
Mit seinem Licht wird es Knospen lichten:
Was seither nicht gelungen, wird nun wahr.

Die Knospe, in der Taufe uns gegeben,
im Glauben an sein Leiden, Wirken, Auferstehn
kann gleichsam Perspektive nun erblühen,
nicht mehr in Hoffnungslosigkeit untergehn.

Dass vieles nicht vergebens sei, und Leiden
ist nur der Preis dafür, dass Liebe siegt,
da jenes Licht der Nacht uns ganz bescheiden,
Hoffnung und Trost und neues Streben gibt.

Hans Dama: Heiliger Abend, Wien 2014

editorial

Der kürzlich vom Deutschen Bundestag beschlossenen Härtefallfonds für Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer sowie die in der DDR-Rentenüberleitung Benachteiligten über eine halbe Milliarde Euro hilft bei einer Auszahlung von 2.500 Euro weder den wenigen Berechtigten viel weiter, noch greift dieser das Problem *Altersarmut* insbesondere bei Spätaussiedlern bei der Wurzel.

Die willkürlich festgesetzten Grenzen der Bezugsberechtigten schafft nur neue Ungerechtigkeit. Durch die willkürliche Begrenzung auf Spätaussiedler werden Aussiedler – als solcher gilt derjenige, der bis zum 31. Dezember 1992 in der Bundesrepublik Aufnahme erhielt – *komplett* ausgeschlossen. Dies ist eine bewusste Diskriminierung, denn der überwiegende Teil der Aussiedler aus Polen, Ungarn und Rumänien kam *vor* diesem Stichtag in der Bundesrepublik an.

Die aktuelle Bundesregierung beweist mit dieser Regelung, daß ihr dieses Wählersegment egal ist; dafür wird die Ukraine mit milliardenschweren Hilfspaketen bedacht. Weder ein Waffenstillstand, noch eine friedliche Lösung des Ukraine Konflikts ist hiermit in Sicht.

Vadim Derksen

Herbert Karl

Fonds für Härtefallregelung im Rentenrecht für Aussiedler und Spätaussiedler

Am 18. November 2022 hat die Berliner Bundesregierung beschlossen, einen „Fonds zur Abmilderung von Härtefällen im Rentenrecht“ einzurichten: Eine Stiftung soll – vom Bund mit einer halben Milliarde Euro dotiert – Härtefälle in der Rentenüberleitung für Spätaussiedler, jüdische Kontingentflüchtlinge und Härtefälle aus der Ost-West-Rentenüberleitung abmildern. Träger der Stiftung soll das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) sein.

Hiermit bleibt die Bundesregierung *wesentlich* unter dem letztes Jahr angedachten Betrag der großen Koalition; nach der letzten Bundestagswahl sieht die Welt eben ganz anders aus . . .

Die vorgesehene Einmalzahlung von 2.500 Euro an eine wesentlich *begrenzt*ere Anzahl von Berechtigten ist eine schallende Ohrfeige an alle Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler, nachdem Anfang der 1990er Jahre durch das Fremdrentengesetz (FRG) die Rentenbezüge dieser Personengruppen, anfangs um 30% und später gar um 40% gekürzt sowie für eine bestimmte Anzahl Rentenbezieher noch eine Deckelung der Entgeltpunkte auf 25 bzw. 40 Entgeltpunkte durchgesetzt wurde.

Dies alles wurde noch in der Ära Kohl entschieden und beschnitt die Renten der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler schon über 30 (dreißig) Jahre lang.

Für besondere Härtefälle ist dieser Fonds neben Spätaussiedler, wie erwähnt, auch für jüdische Aussiedler und besondere Fälle aus der DDR-Rentenumleitung gedacht. Zudem ist völlig unklar, wie hoch der Fonds letztendlich sein wird, denn den einzelnen Bundesländern bleibt es offen, sich bis zum 31. März 2023 daran zu beteiligen. Ebenso unklar ist, wieviel die Bürokratie und die Verwaltung kosten wird.

Eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion vom 28. September 2022 (Drucksache 20/3757) ergab nach Berichten, daß – so laut Bundesregierung – derzeit 645.000 Spätaussiedler eine gekürzte Rente beziehen.

„*Weitere 45.000 Renten für deutschstämmige Zuwanderer, die erst nach 1995 hierzulande zuzogen, sind in der Höhe begrenzt*“ (siehe: <https://www.ihre-vorsorge.de/nachrichten/lesen/645000-spaetaussiedler-erhalten-gekuerzte-rente.html>).

Durch die Vorgaben für den Fonds erhält durch die Stichtagsregelung 31. Dezember 1992 *kein einziger Aussiedler*, sei dessen Rentenbiographie noch so hart, keine Abmilderung.

Dieses Flickwerk muß endlich ein Ende haben: Die Novellierung des Fremdrentengesetzes ist überfällig: Die Rentenkürzungen für Aussiedler und Spätaussiedler über 40% sowie die Deckelung der Entgeltpunkte muß vom Tisch.

Offensichtlich will die derzeitige Bundesregierung mit dieser Härtefallregelung, die, wie gesehen gar keine ist, das Problem der Härtefälle nicht nur der Spätaussiedler, sondern auch der jüdischen Kontingentflüchtlinge und die Fälle aus der DDR-Rentenumleitung für *alle Zeiten regeln* und das Problem abhaken.

Dieses hektische Abhaken von Problemen ist das *Markenzeichen der Bundesregierung*, wie uns das gesamte Gezerre – ein Wumms jagt den anderen – um die Auflage von Entlastungspaketen und die wiederholte Auflage von Hilfen für die Ukraine vor Augen führt.

Der deutsche Wähler wacht offensichtlich erst auf, wenn es ihm an den Geldbeutel geht:

Aber die nächsten Wahlen kommen sicher . . .

Herbert Karl

Bild: Auswandererdenkmal auf der Seebäderkaie, Bremerhaven (*Privatsammlung HK*)



Finale Corona-Wende

Die in dieser Schrift vom Verfasser postulierte Corona-Wende in China nimmt weiter Gestalt an: Der Hauptstadt-Flughafen von Peking verzichtete Anfang Dezember auf den Nachweis eines Covid-Nukleinsäuretests vor der Abreise. Zuvor hatten rund ein Dutzend Städte im Reich der Mitte ihre Corona-Maßnahmen massiv gelockert, um der Bevölkerung entgegenzukommen und der mittlerweile weltweit erwiesenen Harmlosigkeit des Virus' zu entsprechen.

Zugleich sollte damit den vermutlich von Taiwan aus gesteuerten Bemühungen begegnet werden, durch eine gezielte Übererfüllung der staatlichen Auflagen seitens taiwanesischer Fabriken in der Volksrepublik bzw. mittels einer von willigen festländischen Ortsbehörden verfügter unnötigen Regelhochfahung die wohl letzte Chance zu nutzen, Peking für sein rigides Covid-Regime in's von den internationalen Drahtziehern des globalen Corona-Plots von Anbeginn an aufgestellte Messer laufen zu lassen.

Thomas W. Wyrwoll

China: Ende des alten Corona-Regimes

Am 8. Dezember war es plötzlich soweit: China beendete faktisch seine langverfolgte „Null-Covid-Strategie“. Die Nationale Gesundheitskommission stellte an diesem Tag einen Zehn-Punkte-Plan vor, der unter dem unspezifischen Titel „Der Kombinierte Vorsorge- und Kontrollmechanismus“ die ungeliebten zentralen Quarantäneeinrichtungen und umfassende Gebietssperren ebenso liquidierte wie die notorisch geforderten Nukleinsäuretests für die Nutzung von Öffentlichen Verkehrsmitteln oder den Besuch von Geschäften, Restaurants und anderen Einrichtungen.

Rest-Testpflichten bestehen nur noch für den Besuch von Krankenhäusern, Altenheimen und ähnlich deklarierten Objekten. Zudem fällt der maschinenlesbare QR-Gesundheits-Code weg, mit dem die Bürger überwacht wurden. „Null-Covid“ schien zu Beginn der Virusverbreitung vielen Nicht-Biologen als das Mittel der Wahl, mit der unbekanntem Gefahr umzugehen, aber danach war es irgendwann auch dem Volk schlichtweg nicht mehr zu vermitteln.

Nach dem letzten auswärtigen Putschversuch über die gezielt wachgerufene Kritik an der Härte der staatlichen Maßnahmen, die pikanterweise gerade einige der bisherigen Corona-Stalins in deutschen Landen nachplappern, rechnen jetzt die Apparatschiks der internationalen Impfszene der chinesischen Regierung völlig übersteigerte Opferzahlen für die Nicht-Durchimpfung bzw. vor allem bei der Nicht-Verwendung der westlichen Gen-Giftspritzen vor, um Peking hierüber stolpern zu lassen.

Die Führung der Volksrepublik scheint indes diese Machenschaften durchschaut und verstanden zu haben, welche Änderungen tatsächlich nötig sind – und das politisch gerade noch rechtzeitig.

Thomas W. Wyrwoll

„Cuius regio, eius iniectio“

China und die BRD haben vereinbart, ihren Bürgern im jeweils anderen Land eine Anwendung der Covid-Impfstoffe des Heimatstaates zu ermöglichen: Für Chinesen an Elbe, Isar und Spree sollen Impfdosen von Sinovac importiert werden, während sich Deutsche am Perfluß, denen die soliden chinesischen Mittel durch „Westmedien“ weiterhin gezielt verleidet werden, den Pseudo-Impfstoff von Biontech injizieren lassen können.

Die Corona-Politik war von Anfang an ein geopolitisches Spielfeld, in dem die beteiligten Länder durch die Verbreitung der von ihnen entwickelten Spritzpräparate ihre Einflußsphären zu vergrößern oder zumindest zu markieren suchten, was nun in diplomatische Verträge gegossen wird – gewissermaßen nach dem frei an den Augsburger Religionsfrieden angelehnten, aber bisher noch unformulierten Motto „Cuius regio, eius iniectio“.

Thomas W. Wyrwoll



Schwerpunktthema: Ukraine

Verlogene Symbolpolitik

Bemerkungen zur Anerkennung des Holodomors als 'Völkermord' durch den Bundestag

Der Deutsche Bundestag hat am 30.11. den Holodomor, also die sowjetische Hungerkampagne gegen die Ukrainer in den 1930er Jahren, als Völkermord anerkannt. Damals hatte die von Stalin geführte Sowjetunion in großen Gebieten unter anderem der Ukraine einen Großteil der Getreideernten requiriert und gegen Devisen auf dem Weltmarkt verkauft, um hierfür Maschinen zu erwerben.

Gleichzeitig wurde die betroffene Bevölkerung durch militärische Bewegungssperren festgesetzt, so daß ihr ein Ausweichen auf andere Gebiete nicht möglich war und zwangsläufig zahlreiche Menschen verhungern mußten.

Im Ergebnis blieb die ukrainische Kultur deutlich angeschlagen zurück, was ohne Zweifel und mit Quellen eindeutig belegbar auch ganz genau so von Stalin gewollt war. Dies wird auch nicht dadurch relativiert, daß der Hungerkrieg zugleich auch gegen die Kasachen sowie potentiell aufständige Teile des Großrussentums geführt wurde.

Wenn sich heute Angelsachsen und Franzosen über diese Verbrechen erregen, kommt dies nicht nur reichlich spät, sondern auch von der falschen Seite: Gerade die westlichen Länder haben den zwangsrequirierten Weizen damals gerne und äußerst billig in großen Mengen von Moskau gekauft, wobei sie sehr genau wußten, daß sie damit ein Massensterben hervorriefen.

Rußland hat sich einer Anerkennung des Holodomors als Völkermord stets widersetzt, da es horrende Schadensersatzansprüche befürchtete. Dies ist verständlich, basiert aber letztlich allein auf der zunächst naheliegenden, ideologisch und wie man nun sieht auch politisch jedoch hochproblematischen Idee, als Nachfolgestaat der Sowjetunion auftreten zu wollen.

Hier hätte es eine deutlich elegantere Lösung gebraucht, für die es aber selbst angesichts der jetzigen verfahrenen Lage noch immer nicht zu spät ist. Eindeutig zu spät ist hingegen die „Anerkennung“ durch den Bundestag – und zwar um mehr als 30 Jahre. Der jetzige Schritt ist zudem überdeutlich billigen gegenwärtigen Erwägungen geschuldet und schon allein dadurch ein Akt der Peinlichkeit.

Moskaus bis heute allem Anschein nach die ukrainische Zivilbevölkerung weitgehend schonende „Spezialoperation“, bei der – um es vorsichtig zu sagen – bisher noch kein einziges der vielen im „Westen“ behaupteten bzw. politimedial insinuierten russischen Kriegsverbrechen belegt wurde, kann in keiner Weise mit den Völkermorden der Sowjets wie etwa dem Holodomor verglichen werden.

Prof. Dr. Thomas W. Wyrwoll ist Experte für das Östliche Europa.

Foto: Verhungerte Bauern auf einer Straße in Charkow im Jahre 1933
(Foto: Alexander Wienerberger; Diözesanarchiv Wien)



Donbass: Zwangsarbeit der Rußlanddeportierten

Für die aus Rumänien – vorwiegend Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben – stammenden Zwangsarbeiter war es ab Januar 1945 völlig egal, ob der Donbass in der Ukraine oder in Rußland lag: Es hieß: „ich war in Rußland“ und soweit die Deportierten diese Zeit überlebten, hieß es bei dem Rentennachweis: „dies sind meine Rußlandjahre.“ Zudem war es den Deportierten egal, ob ihre kommunistischen Peiniger Ukrainisch oder Russisch sprachen-

Um es vorab zu sagen: Über die Nachkriegsjahre sprachen alle Betroffenen nur sehr selten. Dies kann auch mit dem Überlebenskampf der 1960er und 1970er Jahre zusammenhängen. Erst mit dem Fall des sogenannten Eisernen Vorhangs änderte sich dies und auch dann erfolgten Berichte aus der Deportationszeit nur zögerlich.

Fortsetzung auf S. 5

Fortsetzung von S. 4

Eines der schon etwas älteren, aber umso ergreifenderen Erinnerungsbücher ist das von Mathias J. Kandler: *Nr. 657. Im Donbass deportiert. 1945 – 1949. Russlanderinnerungen* (Villingen-Schwenningen 2009). Kandler aus dem in der Nähe der serbischen Grenze gelegenen Johannisfeld zeichnete seine Erinnerungen ursprünglich in einem banat-schwäbischen Mundartepos: „*Schwob in Not*“ auf; aus diesem entstand das Erinnerungswerk an den Donbass.

Von den örtlichen Nationalsozialisten wurden die Bewohner Johannisfelds, so wie die vieler Banater Dörfer mehr oder weniger genötigt, sich im Hochsommer 1944 mit der Wehrmacht auf die Flucht vor der Roten Armee ins „Reich“ zu begeben. Für viele, so auch für die Familie Mathias Kanders endete die Flucht durch das schnelle Vorrücken der Sowjets schon im grenznahen Modosch auf serbischer Seite. Nur wenige Banater schafften es, auf abenteuerliche Weise über Ungarn-Österreich zu erreichen.

Ein rumänisch-sowjetischer Vertrag sah vor, 70 000 Personen – Frauen wie Männer – zum Wiederaufbau der durch die von den deutschen und rumänischen Truppen verursachten Schäden in der Sowjetunion zu rekrutieren. Die für ihren pragmatischen Zynismus und einfache Lösungen bekannten rumänischen Behörden beschloss, daß vorwiegend die deutsche Minderheit zur Zwangsarbeit herangezogen werden sollte.

Im Januar 1945 ging die Deportation los; so auch für Mathias Kandler: Als knapp 16-jähriger gehörte er sicherlich zu den jüngsten Deportierten, allerdings mußte das vorgesehene Kontingent aus Johannisfeld erreicht werden, so daß es hier jeweils zehn Mädchen und Jungen im gleichen Alter betraf. Er landete im Hüttenkomplex Kramatorsk, dem ein ganzes Lagersystem angeschlossen war, dieses gewährte ihm die ersten erschütternden Einblicke in das sowjetische Gulagsystem.

Dem Heranwachsenden, der im Donbass noch ganze zwanzig Zentimeter wuchs, ging es vom ersten Moment an um das nackte Überleben; vor allem in den ersten Jahren war er „nur einen Schritt vor dem Verhungern.“ Die Arbeit im Hüttenwerk war gekennzeichnet durch ein ungewohnt hartes Schuft, ohne die entsprechende Ausrüstung, Kleidung oder Werkzeug und unter den widrigsten klimatischen Bedingungen, immer geplagt von einem allgegenwärtigen Hunger.

Der Autor schildert mit einer außergewöhnlichen Liebe zum Detail die allzu menschlichen Stärken und Schwächen, bis hin zur schiereren Kriminalität. Ein Siebenbürger Sachse rettete Kandler einmal das Leben: Dieser und andere „Schutzengel“ ermöglichten letztendlich das Überleben in vier Jahren und zehn Monaten Zwangsarbeit.

Bemerkenswert an Kanders Buch ist, daß es nach seiner Entlassung in die Heimat weiter zu einer Verschleppung der Familie in die südumänische Bărăgan-Ebene kam sowie dem darauffolgenden Arbeitsdienst beim rumänischen Militär. Anschaulich und feinfühlig geht Kandler auf die Schwierigkeiten des Anschlußfindens im Banater Dorf nach der Deportation ein.

Eingestreute Vor- und Rückblenden auf Menschen und Orte – von Agneteln in Siebenbürgen zu Billed bis nach Gleiwitz und Mähren – weisen Kandler auch als einen feinfühlig Literaten aus.

Herbert Karl

Waffen für Europa Kriegshilfe für Kiew bedroht die innere Sicherheit Europas

Offenbar strömen in großem Umfang westliche Waffenlieferungen für die Ukraine zurück nach EU-Europa. Chefkommissar Christer Ahlgren vom Nationalen Ermittlungsbüro der finnischen Polizei sagte gegenüber dem nationalen Rundfunk Yleisradio, daß man in Finnland bereits zahlreiche Schußwaffen aus der westlichen Militärhilfe für Kiew bei Kriminellen gefunden habe, darunter unter anderem Sturmgewehre. Solche Waffen seien auch in Schweden, Dänemark und den Niederlanden aufgetaucht.

Fortsetzung auf S. 6

Fortsetzung von S. 5

Wie der Finnland-Schwede mitteilte, sind die entsprechenden Handelsnetzwerke bereits weithin etabliert. Vor allem kriminelle Biker-Gruppen wie insbesondere die Bandidos, die in jeder größeren ukrainischen Stadt über Filialen verfügten, hätten den Handel ansichgezogen. Sie würden die Waffen vor allem über die Seehäfen nach Finnland bringen, da diese deutlich weniger überwacht wären als die Flughäfen.

Die Waffenhilfe für die Ukraine findet der Beamte auch weiterhin gut und richtig. Daß man noch über Jahrzehnte Probleme mit diesen Waffen im eigenen Land haben werde, sei eben „der Preis, den wir zahlen müssen“. Augenscheinlich spricht hier mehr der NATO-affine Politiker als ein um den Schutz seiner Bevölkerung besorgter Polizist – denn sonst müßte er die Sachlage komplett anders bewerten: Die tatsächliche Gefahr für Europa geht erkennbar nicht primär von Rußland aus und wäre offenkundig leicht zu beheben . . .

Europol hatte bereits im Sommer davor gewarnt, daß es einen umfangreichen Rückstrom solcher Rüstungsgüter geben werde. Auch bundesdeutsche Sicherheitsbehörden gingen in Stellungnahmen davon aus, daß dieser Waffenhandel aufgrund der massiven Verstrickung der ukrainischen Behörden in kriminelle Netzwerke zu einer erheblichen Gefährdung der Sicherheitslage in Deutschland führen wird – ohne daß dies jemals auf breitere mediale Resonanz gestoßen wäre.

Thomas W. Wyrwoll

Bertha von Suttner: Der Weg zur Friedensbewegung vor der Haager Friedenskonferenz

Im November-Kurier wurde das sogenannte Zarenmanifest im Wortlaut vorgestellt. Auch wenn die Regierungen der Großmächte die Kongresse 1899 und 1907 nur halbherzig unterstützten, strahlten sie eine Friedenszuversicht aus. Auch wenn in den folgenden Jahren noch zahlreiche Kriege ausbrachen.

Die Großmächte hatten sich in ein Wettüben verrannt: Wurde im Nachhinein der Ausbau der deutschen Hochseeflotte, hier wirkte die mediale britische Propagandaaufrüstung äußerst effektiv – Vergleiche, Verweise und Assoziationen zur Rolle der westlichen Medien im Ukrainekrieg sind hier rein zufällig –, wird nach wie vor von der Historiker-Zunft als einer der Hauptursachen des Wettübens sowie der Entfremdung in den deutsch-britischen Beziehungen hingestellt. In unserem Beitrag zum Wiener Frieden 1964 wird die Rolle Großbritanniens in den deutsch-dänischen Kriegen 1849/52 und 1863/64 nur gestreift. – Der *Vertrauensverlust* in den beidseitigen Beziehungen liegt also wesentlich früher als die Reichsgründung 1871.

Dabei wird vergessen, daß in jeder Beziehung – auch in den zwischenstaatlichen – vor allem das gegenseitige Vertrauen der beste *Friedensgarant* ist; dies setzt aber auch offene Gespräche auf höchster Ebene voraus. Bleibt es nur bei Treffen des diplomatischen Corps, führt dies in der Sache *Friedenssicherung* zu keinem greifbaren Ergebnis.

Das wichtigste Ergebnis der Haager Konferenzen bestand in der Einrichtung des Internationalen Schiedsgerichts in Den Haag sowie die Verabschiedung einer Landkriegsordnung; letztere zielte auf eine „Humanisierung“ (sic!) der Kriegsführung ab. Die Ergebnisse beider Konferenzen waren der kleinste gemeinsame Nenner, auf den man sich seinerzeit einigen konnte: Zu konkreten Abrüstungs-Maßnahmen und einer Friedenssicherung führten sie nicht.

Japan war – was auch weithin unbekannt ist und was durch das Raster westlicher Historiographie fiel – das Land, das neben Rußland sich für das *Zarenmanifest* starkmachte. Völlig versagte diese Friedensarchitektur schon zwischen den beiden Konferenzen: Der Konflikt zwischen Japan und Rußland brach 1904 aus.

Ebenso mußte der japanische Friedensarchitekt Sidehara Kijuro, Stichwort: Sidehara-Diplomatie in den 1930ern, von der Kriegspartei gestürzt werden, um den japanischen Einmarsch in China zu bewerkstelligen. Nachtrag zu Sidehara: Weithin vergessen ist auch, daß er es war, der 1945 als Ministerpräsident dem US-General Douglas MacArthur vorschlug, den 9. Artikel – den sogenannten Friedensartikel – in die japanische Verfassung aufzunehmen. Dieser stellt allerdings heute in den Aufrüstungsanstrengungen Japans – vorgeschoben gegen China – einen Hemmschuh dar.

Fortsetzung auf S. 7

Fortsetzung von S. 6

Waren die Militärs aller Länder vor dem Ersten Weltkrieg – und nicht nur dann – vom Wettrüsten *nicht* abzubringen, nahm sich die Zivilgesellschaft des Friedensgedankens an. Hier kann nicht über das Friedensengagement einzelner Persönlichkeiten eingegangen werden.

Über das tiefgründige Oeuvre Lew Nikolajewitsch Tolstoi (1828 – 1910) mit seinem Monumentalwerk *Krieg und Frieden* ist viel geschrieben worden, und es hat Lesergenerationen in seinen Bann gezogen.

Nicht unbekannt, aber bemerkenswert ist m. E. aber das Engagement der Bertha von Suttner, da diese als leidenschaftliche Schriftstellerin und Publizistin sich direkt mit den Haager Friedenskonferenzen beschäftigt hatte.

Bertha Sophia Felicita Gräfin Kinsky von Chinic und Tettau wurde am 9. Juni 1843 in Prag geboren und verbrachte einen Teil ihrer Kindheit in Brünn. Als Komtesse war ihr das Friedensengagement sicherlich nicht in die Wiege gelegt. Im Gegenteil, die begnadete Wiener Historikerin Brigitte Hamann schreibt: Die Geschichte der Kinskys,

„ist voll von Verschwörungen und gewaltsamem Sterben und zeugt von einem unbeugsamen aristokratischen Selbstbewusstsein. Jahrhundertlang waren sie als Gesandte, Hofkanzler oder Minister in kaiserlichen Diensten tätig. Vor allem aber bewährten sie sich im Krieg gegen Friedrich II. von Preußen und Napoleon I.“ (Hamann, S. 11).

Der Vater der Komtesse Kinsky sowie drei seiner Brüder waren Generäle:

„Sie gehörten dem älteren Familienzweig, dem gräflichen (von Chinic und Tettau) an, der die kriegerischen Traditionen weit mehr als der jüngere, fürstliche Familienzweig pflegte. Das Kinsky-Palais in Prag war die Residenz des fürstlichen Familienzweiges und alles andere als ein ruhiges Refugium“ (ebd.)

Ihre Ausbildung und ihre Belesenheit entfremdeten Komtesse Kinsky von dem Idealtyp einer Adelsgattin:

„Mit wachsender Bildung entfernte sich die junge Bertha mehr und mehr vom Mädchenideal ihrer Schicht und ihrer Zeit, und immer geringer wurde die Chance, die ersehnte »Partie« zu machen. Den Sommer 1864 verbrachten Mutter und Tochter – unbeeindruckt vom österreichisch-preußischen Krieg gegen Dänemark – in Homburg vor der Höhe, dessen Spielbank damals als Hochburg des Glückspiels galt“ (Hamann, S. 23).

Hier lernte sie die verwitwete Fürstin Ekaterina Dadiani von Mingrelien, die selbst Tochter eines georgischen Fürsten war, kennen. Das kleine Mingrelien (eine Landschaft im Westen Georgiens) wurde im Laufe der russisch-türkischen Wirren 1857 von Rußland annektiert.

Nach mehreren gescheiterten Beziehungen und Entlobungen folgte eine Anstellung als Gouvernante bei der Familie Suttner. Die Liaison mit einem Sohn des Hauses flog auf und der Komtesse Kinsky wurde gekündigt. Sie fuhr nach Paris und traf Alfred Nobel, der gerade eine Stelle als Sekretärin ausgeschrieben hatte. Die Begegnung mit Nobel sollte sie lebenslänglich prägen, aber aus der Anstellung wurde nichts, denn Bertha traf wieder Alfred Suttner, den sie umgehend im Geheimen heiratete. Das Paar brach alle Zelte in Österreich ab und machte sich auf den beschwerlichen Weg nach Mingrelien.

Dieses Fürstentum, so wie das Fürstentum Georgien – heute EU-Aspirant –, war ein ewiger Zankapfel zwischen Persien, Rußland und dem Osmanischen Reich: Die Fürsten siedelten *um diese Zeit gerade zahlreiche Deutsche hier an*, um diese Region dem christlichen Europa näherzubringen.

Kurz nachdem das Ehepaar Suttner im Kaukasus recht mühsam – die erhoffte fürstliche Hilfe blieb aus – sich zu echtfind, brach der russisch-türkische Krieg aus; Suttners kümmerten sich fürsorglich um die Betreuung der durchziehenden Truppen und die Versorgung der Verwundeten:

„Ihre Sympathien gehörten der russischen Seite. »Es galt, ‚slawische Brüder‘ zu befreien; das war die um uns herum ausgegebene Parole, und wir nahmen sie gläubig hin.« Es war die Parole des Panslawismus, der sich in diesem Krieg zum ersten Mal in voller Ausprägung zeigte“ (Hamann, S. 52, Rekurs auf B.v.S.: Memoiren, S. 149).

Fortsetzung auf S. 8

Fortsetzung von S. 7

Viel später habe Tolstois Buch: *Der christliche Glaube und der Patriotismus* eine ganz andere Sicht auf die große Politik bei Bertha von Suttner bewirkt. Tolstoi meint hier, daß „die angebliche »Befreiung der slawischen Brüder« sei nur ein Vorwand für den militärischen Machtkampf und die Niederwerfung der Türkei gewesen“ und der Zweck der Phrasen sei, die Kampfbereitschaft der Truppen zu stärken; Tolstoi:

„»Der Enthusiasmus der Menge wird zumeist künstlich von jenen hervorgebracht, die ihn brauchen, und der Grad der von der Menge zur Schau gestellten Begeisterung ist nur ein Schlüssel zu dem Raffinement ihrer Kunst. Diese Kunst wird schon lange geübt, und daher haben die Spezialisten darin eine große Geschicklichkeit erlangt«“ (Hamann, S. 54, Rekurs auf: Graf Leo Tolstoi: *Patriotismus und Christentum*, Berlin 1894, S. 68f.).

In dieser kaukasischen Einsamkeit entdeckten die Suttners ihre schriftstellerische Begabung; die nun tröpfchenweise eingehenden Honorare linderten etwas die finanzielle Not des jungen Glücks. Aus der Schriftstellerei und der seinerzeit grassierenden „Fortschrittsideologie“ begann Bertha von Suttners intensivere Beschäftigung mit dem Thema Krieg und Frieden:

„Schon im »Inventarium einer Seele« stellte sie die Forderung der Abrüstung als natürliche Konsequenz des allgemeinen Fortschritts auf. Sie polemisierte gegen die Auffassung, der Krieg liege in der Natur des Menschen. »Das ist ein bloßes Wortmißverständnis – Kampf ist das Gesetz, nicht Krieg.« Und kämpfen könne man nicht nur mit Kanonen, sondern auch mit den »Kampfwerkzeugen des Geistes, der Schönheit, der Geschicklichkeit, der Veredelung überhaupt«“ (Hamann, S. 63f, Rekurs: B. v. S.: *Inventarium der Seele*, S. 101f.)

Nach der Rückkehr in die k.u.k.-Heimat während der Orientkrise 1885 wendete sich Bertha von Suttner gegen die »Verketzerung« der Russen. In der Schrift „*Die Waffen nieder*“ schreibt sie:

„»Der Panslawismus ist keine andere und keine gefährlichere Manifestation des nationalen Fanatismus, als es jeder andere Rassendünkel ist. Man kennt einander nicht. Sich das russische Volk als ein kriegswütiges vorzustellen, beruht auf völligem Irrtum. Es ist das Gegenteil eines der friedfertigsten, gutmütigsten Völker, die es gibt«“ (Hamann, S. 68, Rekurs: Suttner: *Die Waffen nieder*, 1893, S. 71).

Auf die im Kaukasus begonnene und nun im Habsburgerreich fortgesetzte Publizistik der Suttners kann hier nicht im Detail eingegangen werden. Diese Publizistik war mit einer intensiven Reisetätigkeit in das Deutsche Reich sowie nach Frankreich und Belgien verbunden; das obige Zitat zeigt aber auch, daß bei Frau von Suttner das Interesse an der russischen Kultur und Politik nicht abriß.

Von der engagierten Friedensbewegung

„erfuhr Bertha im Hause Alphonse Daudets. »Wie, eine solche Verbindung existierte – die Idee der Völkerjustiz, das Streben zur Abschaffung des Krieges hatten Gestalt und Leben angenommen? Die Nachricht elektrisierte mich«“ (Hamann, S. 87, Rekurs: B. v. S.: *Memoiren*, S. 233).

Nun fing sie an, sich über die Friedensbewegung zu informieren: Sie erfuhr von der Londoner Friedensgesellschaft unter Hodgson Pratt, der französische unter Frédéric Passy, über die italienische Ruggiero Bonghis und hörte auch von dem dänischen Friedensaktivisten Frederic Bajer. Im Kaiserreich gab es Friedensvereine in Württemberg, in Frankfurt a. M. und in Berlin unter dem bekannten Mediziner Rudolf Virchow:

„Auch in Ungarn, Norwegen und Schweden gab es kleine Vereine, in Genf eine »Internationale Liga des Friedens und der Freiheit«. Pioniere der Friedensbewegung allerdings waren die Amerikaner: Dort gab es 1886 36 Vereine, dessen älteste aus dem Jahr 1816 stammte“ (Hamann, S. 87).

Über das sich jetzt intensivierende Engagement Bertha von Suttners für die Friedensbewegung und ihre Berichte zu den Haager Friedenskonferenzen kommen wir in der nächsten Kurier-Ausgabe zurück.

Literatur

Brigitte Hamann: Bertha von Suttner: Kämpferin für Frieden, Bildauswahl und Redaktion von Brigitte Hamann, Wien 2013.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Der Frieden von Brest-Litowsk und das Selbstbestimmungsrecht

Teil 2

Der deutsche General Max Hoffmann machte, von der Obersten Heeresleitung (OHL) gedrängt, Druck auf die Verbündeten; der OHL ging es vor allem – um die deutschen Truppen im Osten abziehen zu können –, um einen »Sicherheitsfrieden«:

„Eine Einbeziehung Kurlands, Litauens und Polens in den Machtbereich Deutschlands und Österreichs sowie die Berichtigungen der deutsch-polnischen Grenze wollte Hoffmann nicht als Annexion verstanden wissen, auf die zu verzichten man sich ja grundsätzlich bereit erklärt hatte. Unklar blieb, was aus diesen Ländern werden sollte. Es zeichnete sich jedoch für Kurland und Litauen die Übernahme der konstitutionellen Regierungsform unter deutschen Fürsten und für Polen die »austro-polnische« Lösung ab“ (Erdmann, S. 217).

Letztere war bereits in den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg – durch die Bevorzugung sowie Einbindung der polnischen Nation – offizielle k.u.k.-Politik im Königreich Galizien und Lodomerien. Dies ging allerdings nur über die Benachteiligung anderer nationaler Gruppen, in Galizien insbesondere der Ruthenen, wie die Ukrainer im Habsburgerreich genannt wurden, aber auch der Galiziendeutschen. Diese verkorkste Nationalitätenpolitik erreichte vor dem großen Krieg in Transleithanien ihren Siedepunkt. Entsprechend war die Kampfbereitschaft der „Völker“ Franz Josephs mittelmäßig bis schlecht.

Dies vor Augen, war der österreichisch-ungarische Außenminister, der böhmisch-österreichische Graf Ottokar Graf Czernin von und zu Chudenitz, auch von seinem Monarchen, dem unbeständigen Karl I. und der willensstarken Kaiserin Zita (geborene Prinzessin von Bourbon-Parma) getrieben, die Friedensgespräche zu beschleunigen.

Der deutsche Außenminister, Richard von Kühlmann – einer der wenigen diplomatischen Köpfe unter Wilhelm II. – versuchte, zwischen den Positionen der OHL und Czernins eine *klare* Linie aufzubauen; womit er letztlich scheiterte: Die OHL-Position setzte sich durch. Kühlmann war nicht mehr zu halten und wurde später kaltgestellt.

Die sowjetische Seite spielte eine wahre propagandistische Klaviatur: Selbstbestimmung der Völker, Verzicht auf Annexionen, Räumung der besetzten Gebiete sowie Drohung mit einer Sozialrevolution. So vereinnahmte sie u. a. auch die Ukrainer, indem sie in Kiew eine, noch mit bolschewistischer Unterbeteiligung formierte, Volksrepublik ausrief.

Dem gewieften Taktiker, dem Ideologen der Weltrevolution, Leo Trotzki, konnten die Divergenzen der Vertreter der Mittelmächte nicht entgehen und er versuchte, zumindest Zeit zu gewinnen. Dank sowjetischer Agitation und der Lebensmittelknappheit kam es im Januar 1918 in Deutschland zum Januarstreik bzw. in Österreich-Ungarn zum Jännerstreik.

Durch diese verkrusteten Gegensätze fand sich *kein* Friedenskompromiß: Die Verhandlungen wurden am 10. Februar 1918 durch Trotzki unterbrochen, der nicht einem »annexionistischen Frieden« zustimmen wollte (Ritter, S. 135). Dabei hofften beide Seiten, durch Schaffung neuer Fakten ihre Verhandlungspositionen zu verbessern.

Die Mittelmächte schlossen mit der Ukraine am 9. Februar 1918 einen Sonderfrieden: Damit trat diese erstmalig als *Staat* auf. Fast gleichzeitig geriet der Ostteil mit Kiew als Zentrum unter bolschewistische Herrschaft.

Nachdem die Mittelmächte am 18. Februar 1918 eine weitere militärische Offensive starteten, mußten die Sowjets kapitulieren: Bereits am 3. März wurde der Brest-Litowsker Friedensvertrag unterzeichnet:

„Kurland, Litauen und Polen schieden aus dem russischen Staatsverband aus. Über ihr zukünftiges Schicksal besagte Art. III, daß »Deutschland und Österreich beabsichtigten, das künftige Schicksal dieser Gebiete im Benehmen mit der Bevölkerung zu bestimmen«. Über ihre ursprünglichen Forderungen hinausgehend, zwangen die Mittelmächte nunmehr Rußland, zuzugestehen, daß auch Estland und Livland von einer deutschen »Polizeimacht« besetzt bleibe, »bis dort die Sicherheit durch eigenen Landeseinrichtungen gewährleistet und die staatliche Ordnung hergestellt sei«“ (Erdmann, S. 218).

Die Sowjets verpflichteten sich, die *Unabhängigkeit der Ukraine* anzuerkennen und Finnland zu räumen. Dem Osmanischen Reich wurden die armenischen Gebiete Ardahan, Kars und Batum zugesprochen. Ausdrücklich verzichteten Deutschland und Österreich in Brest-Litowsk auf Ersatz der Kriegskosten. Allerdings wurde später in einem Zusatzprotokoll vom 27. August 1918 den Sowjets eine Forderung von 6 Millionen Goldmark abgerungen, und diese verzichteten definitiv auf Estland und Livland (Erdmann, S. 218).

Der Frieden von Brest-Litowsk ist angesichts der Dramatik des Zusammenbruchs der Mittelmächte und den diesem folgenden Pariser Vorortverträgen schwer einzuordnen: Daß der sowjetische Unterzeichner des Friedensvertrages am 3. März 1918, Grigorij Sokolnikow, dies nur »zähneknirschend« tat (Ritter, S. 144), wie er schriftlich festhielt, stempelte den Vertrag als einen Diktatfrieden ab, was die sowjetische Propaganda auch weidlich ausnützte.

Überlegungen in der deutschen Führung, die Sowjets beim Wort zu nehmen und diese zwingen, „eine wirklich freie »Selbstbestimmung« der Polen, Balten und Ukrainer gelten zu lassen, dann [wäre] nicht nur der »Schutzcordon« gegen die »Pest« des Bolschewismus geschaffen“ worden, konnten gegen die OHL nicht durchgesetzt werden. Zusätzlich hätte die deutsche Politik sich damit aber „ein moralisches Übergewicht in der Weltmeinung verschafft, das die westlichen Alliierten in schwerste Verlegenheit stürzte und Wilsons Schmäherei über deutsche »Autokratie und Militarismus« als Verleumdung erscheinen ließ“ (Ritter, S. 95).

Literatur

Karl Dietrich Erdmann: Der Erste Weltkrieg, herausgeg. von Herbert Grundmann, (Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte), 9., neu bearbeitete Aufl., München 1980.

Gerhard Ritter: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des »Militarismus« in Deutschland. Vierter Band: Die Herrschaft des deutschen Militarismus und die Katastrophe von 1818, München 1968.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Neues aus dem Osten: Die VAdM-Kolumne von Thomas W. Wyrwoll

Koloniale S/Kurilitäten

Diskussion um Umbenennung der Kurilen: Verständlicher Ärger über Japan führt in Rußland zu neokolonialer Ignoranz.

Dmitrij Rogosin, langjähriger Generaldirektor der russischen Weltraumagentur Roskosmos, hatte allein schon vom Beruf her einen erhöhten Blick auf die Dinge. Immer wieder wußte er daher die öffentliche Diskussion als kultivierter Patriot zu bereichern. Daß seine Perspektiven bisweilen auch „völlig losgelöst von der Erde“ sein können, zeigte sich dieser Tage, als er eine „russische Umbenennung“ der Kurilen vorschlug – und zwar nicht nur des allgemeinen Namens der Inselgruppe, sondern auch für die hierunter subsumierten Einzelinseln.

Rogosin hält all diese Bezeichnungen nämlich für „japanisch“, und Japan gehörte in der letzten Zeit zu den erbittertsten Gegnern Rußlands, ohne daß dies den heruntergekommenen Zustand des asiatischen Inselreiches verbessert hätte. Bei aller verständlichen Wut hat Rogosin freilich übersehen, daß diese Begriffe keineswegs japanischen Ursprungs sind, sondern der Sprache der Ainu, der Ureinwohner der Inseln, entstammen.

„Kurilen“ etwa leitet sich von ku/r/u ab, was ‚Mensch‘ bedeutet und von für Rußland arbeitenden deutschen Wissenschaftlern wie Steller, Berg u.a. als Ainuterminus belegt wurde. Das Gleiche gilt auch für die einzelnen Inselnamen: „Paramuschir“ zum Beispiel heißt auf Ainu ‚Breite Insel‘, „Iturup“ ‚Ort mit Nase‘, also mit einem Kap, und „Kunaschir“ ‚Grasinsel‘.

Sein Vorschlag, die Inseln nach hier im Zweiten Weltkrieg eingesetzten sowjetischen Kriegsschiffen umzubenennen, wäre daher nicht nur sowjetbanausig und ethnisch verfehlt, sondern auch ein Affront gegen die Völker Asiens, die eine derartige koloniale Ignoranz verständlicherweise immer weniger dulden. Und das gilt nicht nur für den neuen Freund China, sondern auch bei den eigenen Minderheiten, um deren Gewinnung sich gerade jetzt jede russische Führung bemühen muß.

Rogosins zur Begründung mitgelieferte Anmerkung, daß heute auch niemand mehr von „Königsberg“ spräche, offenbart, daß sein irdischer Blick weder zum östlichen noch zum westlichen Tellerrand des eigenen Staates reicht. Schwere Zeiten führen eben nicht selten zu Fehlgriffen, und man kann nur hoffen, daß diese bald beendet werden, damit sich Rußland endlich effektiv auf seine tatsächlichen Herausforderungen konzentrieren kann.

Bild unten: Kurilische Impressionen (Foto: Anatolij Gruzjewitsch, WNIRO, Rußland)



Dr. phil. Rudolf Hollinger: Ein bewegtes Leben in unruhigen Zeiten

Teil 6: Der Literaturwissenschaftler und -Kritiker

Rudolf Hollinger war nicht nur, wie gesehen, ein Dramatiker und Dichter, sondern – der Beruf als Didaktiker brachte es mit sich – auch ein Literaturwissenschaftler; seine diesbezügliche Tätigkeit reichte von Literatur-Geschichte über Literatur-Kritik und -Theorie bis zur Sprachwissenschaft.

In den von Anton Valentin (1898 – 1967), zwischen 1933 und 1939 herausgegebenen *Banater Monatsheften* war Hollinger dessen Hauptmitarbeiter: Anfangs schrieb er Rezensionen, später gestaltete er mit Valentin zusammen die Spalte *Bücherschau*.

Hollingers wissenschaftliche Tätigkeit ist, darauf wurde bereits verwiesen, „mannigfaltig aber kaum überblickbar, da sie bisher unerforscht verblieben ist (Dama in der Einleitung zu Hollingers *Gedankensplitter*, S. 10).

Der Zweite Weltkrieg bildete auch in der wissenschaftlichen Arbeit Hollingers eine tiefe Zäsur: Nach 1945 kamen zu den materiellen Entbehrungen der Nachkriegsjahre noch die Schikanen der Kommunisten hinzu: An eine normale wissenschaftliche Tätigkeit war mit der Anstellung als Arbeiter und Techniker nicht mehr zu denken. Entsprechend ging er, wie so mancher Schriftsteller in einer Diktatur vor und nach ihm, für ca. zwanzig Jahre in die »innere Emigration«, wie er es selbst nannte (Hollinger, *Gedankensplitter*, S. 11).

Als Literaturkritiker in der Rubrik *Bücherschau* setzte sich Hollinger in Aufsätzen mit Werken Hans Carossas, Josef Weinhebers, Georg Brittings und anderer Autoren sowie anderer Literaten auseinander: Seine

„bedeutendste literaturwissenschaftliche Arbeit Hollingers in jener Zeit ist wohl der (1937 in Heft Nr. 4, S. 97; vgl. Engel, S. 198) erschienene Aufsatz „Heimische Dichtung“, in der nach Hans Diplichs „Am Meer“ und Annie Schmidt-Endres „Die Dittlingerin“, Johann Eugen Probsts Novelle „Das verlorene Paradies“ mit all ihrer „psychologischen Feinspinnerei“ kritisch beleuchtet wird“ (Dama, *Heimatblatt*, S. 45).

Insbesondere „weist der Kritiker »als erster auf den Zeitbezug dieser scheinbar zeitlosen Novelle hin«“ (ebd.).

Neben dem Herausgeber Valentin und dem Lyriker Peter Barth Hollinger schrieb er die meisten Beiträge der *Banater Monatshefte*. Neben Aufsätzen und Buchbesprechungen verfaßte er hier Literaturstudien, Gedichte und Tagebuchmitteilungen; Hans Dama:

„Hierzu sei auf die von Hans Diplich erstellte »Bibliographie in Auswahl« der »Banater Monatshefte« hingewiesen, die 1982 in der Festschrift für Josef Volkmar Senz erschienen ist“ (*Heimatblatt*, S. 45).

In dem Sammelband *Furche und Acker* erschien 1940 Hollingers

„»Beitrag Banater Dichtung der Gegenwart. Versuch einer geistigen Schau.« In dieser Arbeit unterstreicht der Verfasser, daß es wichtig sei, »um das Dasein solchen Schrifttums zu wissen, das dem Augenblick dient, um jenes zu betrachten, das den Alltag übersteigert und ihm die Weihe durch die Gewalt der dichterischen Gestaltung gibt“ (Dama, TR, S. 101f.)

Die behandelten Autoren sind:

„Josef Gabriel d.Ä., Karl Grünn, Nikolaus Schmidt, Adam Müller-Guttenbrunn, Karl von Möller, Johann Eugen Probst, Otto Alscher, Hilde Martini-Striegl, Annie-Schmidt-Endres, Peter Jung, Peter Barth, Jakob Hirsch, Hans Wolfram Hockl, Hans Diplich und Josef Gabriel d. J.“ (Dama, *Heimatblatt*, S. 45).

Rudolf Hollinger war in dieser Zeit äußerst aktiv im Temeswarer Freundeskreis der *Banater Blätter*; diese Schriftenreihe erschien in „zwangloser Folge“ (Dama) zwischen 1934 und 1941. Er zeichnete als Herausgeber die 9. und die 12. Nummer: Den Verband *Junge Banater Dichtung* (1940) sowie das Büchlein *Die Banater Dichtung der Gegenwart. Überschau und Ausblick* (1941), in diesem stellt Hollinger neben den oben Erwähnten noch die Autoren Heinrich Erk und Bruno Kremling vor. Dieses Büchlein erschien etwas gekürzt auch in der Zeitschrift *Schwaben. Monatshefte für Volkstum und Kultur*.

Mit dem Werk des „Schwabendichters“, Adam Müller-Guttenbrunn, handelt Hollingers Büchlein *Adam Müller-Guttenbrunn, der Entdecker des Donaudeutschtums*, das 1942 erschien: Im ersten Teil geht er auf dessen Biographie ein, im zweiten Teil setzt er sich mit dem literarischen Werk des Dichters auseinander. Insbesondere werden die unterschiedlichen Schaffensperioden AMG detailliert sowie dessen Beziehungen zu anderen donauschwäbischen Literaten behandelt.

Der zweite Abschnitt der Beschäftigung Hollingers mit Literaturkritik – die schwierigen Jahre im Kommunismus – wird in einer weiteren Folge behandelt; hier noch einmal der Kritiker selbst:

„Ich habe Literatur immer als eine in Fluß befindliche Bewegung aufgefaßt, bei der sich ohne Gewaltsamkeit Übergänge feststellen lassen. Waren es im Mittelalter Geistliche, die schrieben und sich der Literatur als Mittel zur Erbauung oder Proselytenmacherei bedienten, dieser eine religiöse Richtung wiesen, so waren es später Weltliche, die in gleicher Weise um Gehör warben, sich jedoch stets auf schon Gewesenes beriefen“ (Hollinger, *Gedankensplitter*, S. 19).

Literatur

Hans Dama: Rudolf Hollinger: Lehrer, Musikliebhaber, Dichter und Dramatiker, in: Temeschburger Heimatblatt 2021 (Dama, *Heimatblatt*).

Hans Dama: „Die Zeit sorgt dafür, daß sie vergehe“. Rudolf Hollinger – Temeswarer Schriftsteller, Philologe und Pädagoge, Profile, Transylvanian Review, Vol. XXX, No. 1 (Spring 2021) (Dama, TR).

Rudolf Hollinger: *Gedankensplitter* aus dem Osten. Aus dem Tagebuch eines Südost-Europäers, Wien 1985 (Hollinger, *Gedankensplitter*).

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Die Umsiedlung der Bessarabiendeutschen in den Warthegau

Teil 4 und Schluß

Bedingt durch die prekären Lebensbedingungen im überfüllten Generalgouvernement sowie den anlaufenden Vorbereitungen für den so genannten „Ostkrieg“ kam die Ansiedelung der Bessarabiendeutschen im Warthegau ins Stocken: Viele saßen noch in Lagern fest.

Alle „bisherigen »Nah- und Fernpläne«“ der SS kamen im Juni 1941, dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion zum Stillstand:

„Die Deportationssperre wurde bis zum Kriegsende nicht mehr aufgehoben. Seitdem gingen Polizei, SS und SD zu de etwas milderen Form der »Verdrängung« über. Die Polen wurden weiterhin aus ihren Höfen, Geschäften und Wohnungen vertrieben, blieben aber, sofern sie nicht als »Ostarbeiter« ins »Altreich« abtransportiert wurden, im Lande“ (Schmidt, S. 41f.)

Für die Umsiedler waren zu deren Ansiedelung und Kontrolle sogar vier Instanzen beteiligt,

„der SS-Ansiedlungsstab mit seinen ausführenden Organen auf Kreisebene, die »Bauernsiedlung« mit ihren Kreisstellen, der »Kreisbauernführer« mit seinen »Siedlungshelfern«, der Landrat als zentrale Dienststelle des Reichsstatthalters sowie verschiedenen Dienststellen der NSDAP und der Polizei“ (Schmidt, 42).

Zwischen diesen Diensten gab es unvermeidbar Überschneidungen, für die Umsiedler eine entsprechend konfliktgeladene Gängelung. Auch mußten sie sich dem vorrangigen Ziel der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion im Osten unterordnen:

„Die Eingliederung in die landwirtschaftliche »Erzeugungsschlacht« bedeutete freilich das Ende eine freien und selbstbestimmten Bauerntums. Dieser Entmündigungs- und Erziehungsprozeß wird besonders am Beispiel de »Warthegaus«, der zu einem nationalsozialistischen »Mustergau« umgestaltet werden sollte, deutlich. Unmißverständlich machte die SS jetzt auch auf diesem Sektor die Gegenrechnung für die »Errettung« der Umsiedler auf“ (Schmidt, S. 42).

Es wurde bereits darauf verwiesen, daß entsprechend der Ansiedlung der Ostumsiedler hunderttausende Polen und Juden aus dem Warthegau in das Generalgouvernement ausgesiedelt wurden; bis Ende 1944 waren insgesamt 925 000 Personen von dieser Aktion betroffen, davon allein 630 000 Menschen aus dem Warthegau.

Dementsprechend war die Ansiedlung der Bessarabiendeutschen für diese ein Schock:

„Die Tragweite der »ethnischen Flurbereinigung« wurde ihnen meist erst in der konkreten Situation vor Ort bewusst, als es für sie – in einem besetzten Land und während des Krieges – nur noch wenige Handlungsspielräume gab“ (Schmidt, S. 42).

Symptomatisch für diese „Instrumentalisierung der Umsiedler als Verschiebemasse“ war das gescheiterte Siedlungsprojekt im Kreis Zamość (geschichtliche Fußnote: Die Marxistin Rosa Luxemburg kam hier 1871 zur Welt) im Generalgouvernement, in den 4 000 Bessarabiendeutsche eingebunden waren, unter ihnen waren 2 500 Umsiedler aus dem bessarabischen Hoffnungstal, darunter auch die Familie des späteren Bundespräsidenten Dr. Horst Köhler:

„Bei Überfällen von Partisanen und vertriebenen polnischen Bauern kamen immer wieder Männer, Frauen und Kinder ums Leben. Ganze Familien wurden ausgelöscht. Im März 1944 mussten die Frauen und Kinder wieder in die Lager zurück. Die Männer wurden eingezogen (Stichwort: Landwacht Zamosc) oder zum Bau von Panzer- und Schützengräben eingesetzt. Ein Teil Hoffnungstaler flüchtete schließlich zu Fuß nach Westen. Manche gelangten per Schiff in dänischen Auffanglager. Andere hatten weniger Glück: Sie wurden von der Front überrollt und nach Sibirien abtransportiert“ (Schmidt, S. 43).

Auf der Flucht nach Westen erlebten die Bessarabiendeutschen die gleichen menschlichen Tragödien der anderen Ostflüchtlinge. Die viel zu spät eingeleiteten Evakuierungsmaßnahmen endeten in einem Desaster: Viele dieser Flüchtlingstrecks wurden von alliierten Tieffliegern beschossen und von sowjetischen Panzern überrollt.

Besonders tragisch war das Schicksal der Umsiedler aus dem bessarabischen Friedenstal, deren Treck wurde von sowjetischen Panzern eingeholt. Von den ursprünglich 2 000 Personen gelang 800 irgendwie die Flucht, 1 139 Personen gerieten im Lauf des

Fortsetzung von S. 12

Jahres 1945 in polnische oder sowjetische Gefangenschaft:

„Noch im Dezember 1945 rollte ein Deportationszug mit 370 Frauen, Kindern und älteren Leuten ins sibirische Kemerowo. 245 dieser Deportierten waren Frauen und Mädchen, die anderen Kinder und Jugendliche im Alter bis zu 17 Jahren. Von den insgesamt 560 Friedenstalern in sowjetischem Gewahrsam sowie den 579 in Polen »Internierten« haben 327 Personen die Gefangenschaft nicht überlebt“ (Schmidt, S. 43).

Viele der nach Kasachstan, Sibirien etc. Deportierten konnten erst 1955 mit den noch lebenden deutschen Kriegsgefangenen nach Deutschland ausreisen.

Nach dem durch die politischen Konstellationen während des Zweiten Weltkriegs erzwungenen Verlust der Heimat haben sich die Bessarabiendeutschen in der Bundesrepublik voll eingelebt und ihr Scherflein zum Aufbau nach 1945 beigetragen: In der *Charta der Heimatvertriebenen* vom 5. August 1950 reichten sie im Verbund mit anderen Landsmannschaften – unter Verzicht auf Forderungen nach Entschädigungen – den osteuropäischen Völkern die Hand. Diese einseitige Friedensgeste blieb nicht nur unbeantwortet, sie hätte im historischen Rückblick mehr politische Würdigung verdient . . .

Literatur

Ute Schmidt: „Einwandfreies Menschenmaterial.“ Die Deutschen aus Bessarabien: Kolonisten – Umsiedler – Flüchtlinge, in: Die Umsiedlung, Konferenz „75 Jahre Umsiedlung – 70 Jahre Kriegsende“, Berlin 14. Juni 2015.

Herbert Karl

Geschichte kontrovers

Einige Episoden des deutsch-dänischen Krieges 1864 werfen ihre Windschatten auch auf den Krieg um die Ukraine, so z. B. die intransigente Politik Großbritanniens gegenüber dem Deutschen Bund, die geheime Unterstützung der dänischen Flotte, etc.

Die Reichsgründung 1871:

Der Wiener Frieden von 1864: Der Deutsche Bund, Dänemark und Großbritannien

Teil 15

Wie bereits erwähnt, spielte Großbritannien in den Verhandlungen über die verworrene Lage der Elbherzogtümer eine wichtige Rolle, die insbesondere auf eine Schonung Dänemarks hinauslief.

Schon in den Tagen des österreichisch-preußischen Ultimatums an Dänemark zum Jahresende 1864 reagierte Bismarck auf „die englische Art, nichts überstürzen zu wollen und unangenehme Entscheidungen durch Verzögerung entweder ganz zu vermeiden oder doch in ihrer Schärfe abzumildern,“ äußerst *diplomatisch* (Valentin, S. 221). Auf diese Hinhaltenaktik und um Mißverständnisse zu vermeiden, ließ er es aber auch nicht an *klaren* Worten fehlen; so etwa in seiner Note an den britischen Botschafter in Berlin, Sir Andrew Buchanan:

„Da Dänemark das Ultimatum ablehnte, musste der Krieg beginnen. Weiteren Aufschub, wie ihn England und Frankreich anregten, lehnte nun Bismarck ab“ (Valentin, S. 221).

Der dänischen Monarchie sicherte Bismarck die territoriale Integrität zu, verwies aber auf englische Überlegungen, die zwar die Abtretung der Elbherzogtümer an den Deutschen Bund befürworteten, aber gleichzeitig auch ihre Bemühungen um eine *skandinavische* Union zwischen Dänemark, Norwegen und Schweden vorantrieben.

Fortsetzung auf S. 14

Dabei hob Bismarck seine Kontroversen mit dem preußischen König hervor, den er oft als die treibende Kraft in der sich stets verschärfenden Auseinandersetzung zwischen Preußen und Dänemark hinstellte. Nach dem Beginn des Krieges vertrat er gegenüber England immer die Meinung, je länger dieser Krieg anhielte, sich die Verhandlungsposition Dänemarks sich verschlechtern.

Englisch-französische Bemühungen um einen Waffenstillstand scheiterten Anfang Februar 1864, da Dänemark vermeinte, die von den deutschen Großmächten geforderte Räumung der Insel Alsen militärisch noch entscheiden zu können. Die österreichisch-preußischen Erfolge führten seitens Dänemark zu keinen Verhandlungen. Gleichzeitig meldete Buchanan, „aus einer besonders guten Quelle“ nach London, daß sich Österreich und Preußen darauf verständigt hätten, die Herzogtümer unter sich aufzuteilen: Preußen würde den Norden und Österreich den Süden übernehmen (Valentin, S. 222f.).

Die britischen Alarmglocken schrillten, als die Verbündeten in Jütland einmarschierten: Der Staatssekretär des Äußeren, Lord John Russell, wies Buchanan an, Berlin mitzuteilen, daß London dies als eine sehr besorgniserregende Situation betrachte und regte umgehend die Einberufung einer *Friedenskonferenz* an. Bismarck hingegen:

„erklärte, dass die frühere Anerkennung der Neutralität Jütlands durch die deutschen Grossmächte (vom 31. Januar 1864) ungültig geworden sei, da Dänemark sich ja nicht mit der Besetzung Schleswigs durch Oesterreich und Preußen einverstanden erklärt habe, und weil Kaperbriefe gegen deutsche Schiffe erlassen und die Blockade über deutsche Häfen erklärt habe“ (Valentin, S. 223).

Entsprechend befinde sich Preußen nun, so Bismarck weiter, mit Dänemark im Krieg, Jütland müßte besetzt werden, um ein Pfand für die gekaperten deutschen Schiffe in der Hand zu haben; Preußen sei bereit, an einer Konferenz aller Partner des Londoner Vertrages teilzunehmen, aber es müsse „in Anbetracht seiner grossen Opfer an Gut und Blut seine Forderungen gegenüber Dänemark erhöhen“ (ebd.).

In einer Besprechung mit König Wilhelm rang Bismarck diesem ab, nach der Besetzung Koldings den weiteren Vormarsch zu stoppen. Mit Besorgnis nahm London die Nachricht auf, daß die österreichische Flotte in die Nordsee segeln würde und einen Angriff auf Kopenhagen plane. Der britische Premier, Henry John Temple Palmerston, drohte daraufhin mit Gegenmaßnahmen. Anfang Februar kam es zwischen Falken und Tauben im britischen Kabinett zu ersten Dissonanzen, wobei der Premier leidenschaftlich für Krieg plädierte. Earl Granville, das Sprachrohr der Königin Viktoria im Kabinett, war gegen eine kriegerische Intervention. Für eine solche traten hingegen eine kleine Gruppe Konservativer unter Lord Robert Cecil – sein Artikel über Polen und Schleswig im *Quarterly Review* machte seinerzeit viel Aufsehen – aber auch er gab sich Rechenschaft, daß die Mehrheit der britischen Öffentlichkeit für den Frieden war (Valentin, S. 224).

Diese öffentlichen Debatten in London machten auch Eindruck auf Bismarck: Er erklärte daraufhin, daß Preußen sich in der Jütland-Frage an die Abmachungen gebunden fühle, wenn Dänemark Schleswig räumen und den Seekrieg einstellen würde. Der englische Botschafter erklärte, daß

„die Eroberung der Düppeler Schanzen ein politischer Fehler Preussens sein würde, da Dänemark wahrscheinlich eher geneigt wäre, die deutschen Ansichten über Südschleswig anzunehmen, wenn es Düppel als uneinnehmbar betrachte. Bismarck widersprach dieser Ansicht nicht; auch jetzt gab er sich formell die grösste Mühe, die englische Verstimmung nicht zu stark werden zu lassen. Denn es war klar, dass in der Sache sich jetzt die preussischen und die englischen Ansichten immer mehr entfernten“ (Valentin, S. 225).

Für den Ausgangspunkt einer *Londoner Konferenz* stellte Bismarck aber fest, daß die Sonderverpflichtungen Dänemarks aus 1851/52 nicht anerkannt würden; es könne nicht die gleichen Friedensbedingungen geben, die es nach dem Krieg 1848/50 erlangte. Es gelang ihm auch, dies Österreich so zu kommunizieren. Bezüglich der Erstürmung der Düppeler Schanzen ließ sich Bismarck aber nicht hineinreden, damit wurde der Krieg auf dem Schlachtfeld entschieden.

Im Zuge dieser Entwicklungen und dank der dänischen Stimmungsmache gegen Preußen wurde die britische Öffentlichkeit zusehends deutschfeindlicher: So manche Untat wurde Preußen angelastet, so z. B. die Bombardierung Sonderburgs mit zahlreichen

zivilen Opfern. Bismarck wies darauf hin, daß, solange sich England über alle diese Fragen, die „nicht amtlich in schriftlicher Form an ihn gerichtet seien,“ er auch keinen Anlaß sehe, sich hierüber zu äußern (Valentin, S. 227f.).

Der englische Versuch, den Frankfurter Bundestag für eine moderatere Haltung gegenüber Dänemark zu beeinflussen, wurde von diesem, der allgemeinen patriotischen Euphorie im Bund entsprechend, scharf abgewiesen; man bedauerte sogar, keinen Vertreter in London zu haben, der dies so kommunizieren könnte. Ähnliche diplomatische Demarchen der Briten in München und Hannover waren letztlich ebenso erfolglos. Der englische Vertreter in Hannover mußte sich eingestehen, daß es sich bei der allgemeinen Stimmung im Bund „um einen Ausbruch von revolutionärem Fieber“ handelte (Valentin, S. 231).

Eine Stimmungsumfrage Palmerstons ergab, daß sich die Mehrheit der Vertrauensleute aus den Wahlkreisen für Frieden aussprach; die gleiche Meinung herrschte auch im Londoner Kabinett (Valentin, S. 231f.). – Den Briten war das innenpolitisch Hemd dann doch näher als die außenpolitische Jacke.

Die Londoner Konferenz – zu der Russell und die Briten so viel beigetragen hatten – verlief erfolglos:

„weil sich die Dänen auf eine vernünftige Teilung von Schleswig nicht einlassen wollten. Wiederum hatte die preussische Politik mehr Beweglichkeit, mehr Entgegenkommen, mehr praktischen Sinn für die von England empfohlenen Kompromisse gezeigt. Die Dänen hätten damals mindestens das erreichen können, was ihnen erst das Plebiszit von 1920 gegeben hat, wahrscheinlich sogar mehr“ (Valentin, S. 233f.).

Unter dem Druck der militärischen Erfolge wurde am 12. Mai 1864 ein *erster* Waffenstillstand vereinbart: dieser hielt allerdings nicht sehr lange. Es bedurfte weiterer militärischer Aktionen des Deutschen Bundes, um Dänemark einen *zweiten* Waffenstillstand am 16. Juli abzuringen. Durch die nun erfolgreich verlaufenden Verhandlungen wurde der Waffenstillstand verlängert; bereits am 1. August 1864 wurden die Friedenspräliminarien öffentlich verkündet.

Der Frieden zwischen Österreich und Preußen, als Vertreter des Bundes auf der einen Seite und Dänemark auf der anderen Seite wurde am 30. Oktober 1864 in Wien unterzeichnet. Dänemark trat die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an den Kaiser von Österreich und den König von Preußen ab; es verlor etwa 40% seines Territoriums. Durch den Verlust eines Drittels seiner Bewohner veränderte sich deren Zusammensetzung: Aus einem vielsprachigen Königreich wurde ein dänischer Nationalstaat.

Waren die Grenzen zu Dänemark nach dem deutsch-dänischen Krieg klar gezogen, gestaltete sich das Kondominium zwischen Österreich und Preußen über die Elbherzogtümer schwierig und der Herzog von Augustenburg wurde in der Vereinbarung zwischen dem österreichischen Kaiser und dem König von Preußen überhaupt nicht erwähnt. Insbesondere Preußen war nicht daran interessiert, im Deutschen Bund einen weiteren Mittelstaat zu etablieren, der das „dritte Deutschland“ nur noch verstärkt hätte.

Literatur

Veit Valentin: Bismarcks Reichgründung im Urteil englischer Diplomaten, Amsterdam 1937.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl





Pilsen ist immer eine Reise wert:

Die Stadt Pilsen ist als Heimat des *Pilsener Bier* weltbekannt, aber auch sonst ist Pilsen eine Reise wert.

Pilsen wurde erstmals 1272 (Brockhaus) als Stadt in Böhmen erwähnt. Während den Hussitenkriegen war die Stadt eines der Zentren dieser Glaubensrichtung.

Aus seiner wechselvollen Geschichte steht vor allem die Tragödie des kaiserlichen Generalissimus Albrecht von Wallensteins hervor: Hier in seinem Quartier in Pilsen kam es am 13. Januar 1634 zu dem so genannten *Pilsener Schluß* in dem sich seine Generäle zur Treue gegenüber ihm verpflichteten. Im zweiten Dokument, dem *Pilsener Reserve* verwehrte er sich unter Verzicht auf diesen Treueeid gegen Verratsvorwürfe von Seiten des Kaisers: Das Drama – von Friedrich Schiller auf bearbeitet –, nahm dann dennoch in Eger ein tragisches Ende.

Neben Pils und Dramen kann man in dem westböhmisches Pilsen noch einiges besichtigen: Das Renaissancerathaus, das westböhmisches Museum und man kann diverse Theater und Bühnen besuchen.



Pilsen

Oben: Advent auf dem Platz der Republik;

Links: Das Renaissance-Rathaus;

Unten: St. Bartholomäus-Kathedrale im Zentrum von Pilsen.

Bilder: Wikipedia-Abruf (18. Dezember 2022)

HOH(L)SPIEGEL:

„Herzlichen Dank für Euren Kurier, der wieder sehr gut gestaltet ist.“

Schrieb uns E. R. aus Hamburg

Bildnachweis:

Karten, Bilder und Graphiken stammen—wenn nicht extra gekennzeichnet - aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten. Red./HK

Impressum

SPRECHER Herbert Karl:

0175 9036144

SPRECHER Vadim Derksen:

0176 82072670

STELLV. SPRECHER :

Martina Kempf

Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:

Grösselbergstr. 7

75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw I

BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65

www.vadm-afd.de

E-Mail:

kontakt@vadm-afd.de

